mitien wurde eine monatliche Rente von 31 Mark bewilligt, während in einem anderen Falle den Eltern dreier getöteter Söhne 50 Mark pro Monat bewilligt wurden. Die Gesamtsumme der monatlichen Auszahlung beträgt nach den Angaben des Hinterbliebenenausschusses 3000 Mark. Die Hinterbliebenen sind der Ansicht, daß die 600 000 Mark im Monat 5000 Mark Zinsen bringen und fragen, was mit den 2000 Mark geschieht, die nicht zur Auszahlung gelangen."

Wir glauben wohl nicht erst betonen zu müssen, daß die „Volkszeitung" nicht aus Liebe zu den Kommunisten die Notiz gebracht hat, sondern einfach weil die Tatsachen sie dazu zwingen. Näheres wird in einer der nächsten Sitzungen noch gesagt werden müssen.

•

Aus dem Stadtparlament in Pirna

Beratung des Haushaltplanes.

Die Sitzung vom 12. Mai wurde anfangs von dem Vorsitzenden Flachs zu einer kleinen Hindenburg-Demonstration benützt. Nach seiner Meinung war der Tag der Haushaltberatung nicht nur ein Tag der Gemeinde, sondern ein Tag des „Vaterlandes".

Die Beratung gestaltete den „bedeutsamen" Tag zu einem Tag des Friedhofes. Alle nur erdenklichen Abstriche im Etat gegen die Interessen der Aermsten, der Invaliden, Kriegshinterbliebenen, Alters- und Kleinrentner wurden vorgenommen. Ein Tag der Wiedergeburt der alten schönen Zeit Wilhelms von Dorn und Rose, indem man einfach alle Summen für Wohlfahrtszwecke strich. Mit diesem Budget ist das Maß der Daweserung Pirnas voll. In seiner Einleitung versuchte das Stadtoberhaupt, den aus dem vorgelegten Plan zu ersehenden Friedhofsweg der Pirnaer Arbeiter etwas zu verschleiern. Pathetisch erklärte er, das Stadtverordnetenkollegium habe ein Herz für die allgemeine Wohlfahrt. Aber die Mieten müssen in Zukunft erhöht gezahlt werden, damit sich die Häuser der Stadt „nicht nur buchmäßig" tragen. Der nächste Etat muß ohne Anleihe balanciert werden, und das bedeutet natürlich, das Wohlfahrtsherz noch mehr mit Schmerzen zu belasten. Denn nur auf Kosten der Wohlfahrt wird, wie in diesem Jahre, so auch später, gespart werden! Auch das Stadthaupt war sich bewußt, daß eine neue Zeit angebrochen ist. Entgegen seiner „unparteiischen" Gepflogenheit hat er sich heute nur mit der rechten Seite unterhalten. O . . . Müller glaubte, als Sohn armer Eltern seine Tränendrüse quetschen zu müssen, als er feststellte, daß die Freude sehr gedämpft werden müsse, denn das Budget sei zustande gekommen auf Kosten der Opfer der Inflation — der Armen —, jedoch erklärte der Menschenfreund, das geht uns eigentlich gar nichts an. Die Verantwortung trifft den Staat und das Reich. Die sollten sich mehr um die Opfer kümmern. Auf Einzelheiten, wie das Budget 1925/26, das die Aermsten erwürgt, ging er nicht ein. Um so wirksamer unternahm der Genosse Schmitz das Exempel einer Untersuchung. Die Gemeinde soll eine Gemeinde aller derer sein, „die ihre Mauern birgt". **Was wir aus dem Haushaltplan ersehen, bedeutet eine Verordnung, nach der die Wohlfahrtsempfänger nach dem Friedhof wandern müssen.** Uns wundert das nicht. Wir wissen, daß wir in Dawes-Deutschland leben, das bedingt Dawes-Gemeinden und demzufolge Dawes-Budgets, die sich ausdrücken in bis zu 70 Proz. gekürzten Positionen für die Hilfsbedürftigen! Abstriche, wie beim Tischerstift, wo es die Kinder der Aermsten betrifft, von 900 Mark, bei Kinderspeisung 1400 Mark, Säuglings- und Kleinkinderpflege 4400 Mark, Kriegerfürsorge 15 000 Mark, Gemeindeküche 3000 Mark — dafür aber nur 300 Mark für Hakenkreuzküche, Mietzuschüsse und Unterstützung der Kleinrentner 56 000 Mark, Still- und Wochengeld 1000 Mk., Armenunterstützung 45 000 Mark, für Verpflegung der Armen 30 000 Mark, für Kindererholungsheime 2500 Mark usw., ja für Erwerbslose sogar 300 000 Mark zeigen deutlich das Dawes-Pirna.

Nur an einem Posten, und zwar einem, der wieder ein geduchter und gebrauchter sein wird, **für Fahnenstangen und -Masten war eine Erhöhung** festzustellen. Man scheint sich auf viele festliche Notwendigkeiten vorzubereiten. Aber nicht nur, daß das Budget die Aermsten straft, indem die Mittel, die notwendig sind, um das bisherige Jammerleben fortführen zu können, gestrichen werden, straft man weiter die Armen und Arbeitenden, indem der Plan die Verteuerung des Stromes vorsieht. **Wir Kommunisten lehnen solch ein Machwerk natürlich ab.** Fietsch von den Dawesvermittlern erklärte natürlich, der Krieg sei an diesen „bedauerlichen" Zuständen schuld, es sei einfach unmöglich, alles zu schaffen, was man möchte. Ablehnen ist eine leere Demonstration, die sie nicht mitmachen. **Eine Befriedigung vom Haushaltplan haben sie nicht, aber zugestimmt wird.**

Der Makler Heinrich, ein Demokrat, versagte seinen ehemaligen Weggenossen der SPD. ganz offen die Gefolgschaft. — „Ja, früher haben wir mit euch Politik gemacht, das war zur Zeit, wo es galt, euch zu stützen, die Arbeiter, die noch auf der Straße waren, hinters Licht zu führen. Heute machen wir Realpolitik. Jetzt haben wir die Arbeiter an der Kandare. Da gilt der Plebs nichts. Da gilt alles Deutschtum, d. h. der Profit derer, die die Macht haben." Auch das Flehen der Frau Seifert, sie doch nicht zu zwingen, mehr sagen zu müssen, warum sie den Stadtarzt haben wollen, nützte nichts. **Die SPD.** durch Herrn Fietsch **lehnte ab, 300 Mark für die internationale Arbeiterhilfe zu bewilligen,** ohne notwendig zu haben, erst Gegenmaterial vorzulegen. Sein Parteifreund Dreßler will den Polizeietat bewilligen, betont aber, daß er bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt lassen kann, daß sie **in Zukunft den Trennungsstrich nach links viel schärfer** ziehen würden als bisher, **damit die Arbeiterschaft den Unterschied zwischen KPD. und SPD. in Zukunft besser erkennen kann** und bei Wahlen nicht immer hin und her pendelt. **Die Polizei sei zwar mehr für die Rechten** als für die Linken. **Die SPD. bewilligte aber den Etat in der Erwartung, daß die Polizei neutrale Instanz bleibt!**

Die Arbeiterschaft in den Betrieben kann sich an der Hand dieser Erklärung den Kampf der SPD. gegen die Monarchie vorstellen. **Die SPD. will zu Hindenburg!**

Die Rechte, als Sprecher O . . . Müller, verneint, daß die Schulspeisung noch notwendig ist und beantragt Streichen um die Hälfte. Die Gemeindeküche wird überhaupt geschlossen, was bisher im Etat noch an Geldern eingesetzt war, wird zur Verfügung der Stadtväter, d. h. der rechten Mehrheit gelassen und sicher in der nächsten Zeit der Jugdküche zugewiesen.

Zum Schluß wird noch festgestellt, daß Pirna die Wohnungsnot 1925/26 lindert, indem der Rat 4 Wohnungen im Stadtteil Neundorf erstellt. O . . . Müller bezweifelt, daß so große Wohnungsnot besteht. Um Klarheit zu haben, will er, daß eine Haushaltzählung vorgenommen wird.

Hindenburg ist da, und **O . . . Müller braucht nicht mehr illegal der Organisation C anzugehören.** Er fühlt sich wieder in Uniform und braucht nicht mehr weiß zu werden. Dafür ist er der Sohn eines armen Leinewebers. **Die Arbeiterschaft aber und vor allem unsere Genossen in den Betrieben werden dafür sorgen, daß alle Unterdrückten erkennen lernen, wer ihre Totengräber sind.**

Interessant war noch die Feststellung des Stadtverordneten Renz aus der Mitte, daß ein Teil der Rechten, darunter ein Lehrer, viel dümmer seien als das dümmste Schaf auf dem Gute von Bonnewitz, das Renz zu verwalten hat.

Er ist erregt, daß die Rechte nichtanerkennt, welchen Dienst er der Bourgeoisie geleistet, indem er sich von dem Strolchgesicht der KPD. befreit hat. Die Rechte will aber reinen Tisch machen und gibt ihrem Bedauern darüber Ausdruck, einen solchen Beamten in Diensten der Stadt zu haben.

Tritt an deinen Arbeitskollegen heran, zeige ihm deine „Arbeiterstimme", er wird den Bestellschein ausfüllen.

Hast du deinen Nachbar schon auf die „Arbeiterstimme" aufmerksam gemacht?

Genosse, hast du schon einen neuen Leser gewonnen? Nimm den Bestellschein und gib ihn ausgefüllt deinem Zeitungsausträger!

Die Obstruktion gegen die reaktionäre Gemeindeordnung

Die Sitzung von gestern mittag 1 Uhr dauert an — Ungeheure Tumultszenen. Vergewaltigung der Minderheit — Selbstentlarvung der Sozialdemokraten

Die heutige Landtagssitzung enthüllte die politische Korruption der sozialdemokratischen Partei. Um den Wünschen der Reaktionäre nachzukommen, würgt der sozialdemokratische Präsident die Opposition, selbst die seiner eigenen Parteigenossen, ab. Die linken Sozialdemokraten schäumen zwar, aber triumphierend rettet die Rechte mit Hilfe der sozialdemokratischen Mehrheit eine Attacke nach der anderen. Alle Anträge der Kommunisten werden niedergestimmt. Diese niederträchtige Handhabung der Geschäftsordnung beantworten diese mit einer guten politischen Obstruktion. Ein Kommunist nach dem anderen nagelt die wahren Absichten der Mehrheit fest, entlarvt die Niedertracht der Sozialdemokraten, die sich voller Wut in den Haaren liegen. Während die Rechten die Linken „Moskaujünger" (wie bekannt das klingt!), „Harlekine", „Hanswürste" usw. nennen, schreien diese verzweifelt nach dem Parteivorstand, der angeblich das Verhalten der Mehrheit scharf verurteilt haben soll, sie beschwören sie, doch einzuleben, daß sie nur die Geschäfte der Reaktion besorgen usw. Alles umsonst. Die Rechten wissen, wen sie vor sich haben. Sie antworten den „Harlekinen" mit offenen Verhöhnungen und bringen sie dadurch so in Wut, daß z. B. der Abg. Nebrig erklärt, daß die Arbeiter der sozialdemokratischen Mehrheit schon die Quittung ausstellen werden. (Den Linken aber auch! Denn nur durch ihre Hilfe haben die Rechten die Möglichkeiten für ihren Verrat geschaffen! Ihre feige Haltung hat erst diese brutalen Kapitalsknechte zur Herrschaft gebracht.) Die reaktionäre Gemeindeordnung, die ein einziger Rechtsbruch ist, wird früher oder später mitsamt ihren Schöpfern und Schildträgern zum Teufel gejagt werden.

•

Sitzungsbericht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung versucht das Präsidium durch Winkler, die Schlußberatung über die neue reaktionäre Gemeindeordnung durchzusetzen.

Gegen diesen Vorstoß wendet sich außer Liebmann und Edel der Genosse Renner, der diese Abwürgungsversuche festnagelt, man will verhindern, daß die Opposition die Möglichkeit haben soll, zu den besonderen Punkten ihren Standpunkt klarzulegen und möglicherweise Abänderungsanträge stellen zu können. (Während der Debatte herrscht lebhafte Unruhe rechts. Die Genossen Lieberasch und Ellrodt verlangen vom Präsidenten, der dem Lärm lächelnd zusieht, daß Ruhe geschafft wird, Winkler unterhält sich weiter mit seinem Nachbar.) Abg. Graupe greift ebenfalls heftig an.

Genosse Lieberasch nagelt treffend die „Demokratie" dieser Mehrheit fest, die soweit geht, daß jetzt ein angeblicher Beschluß des Präsidiums vorgelegt wird, der in der Sitzung des Präsidiums gar nicht gefaßt worden ist. (Lebh. Hört, hört!) Es ist wahrscheinlich ein Beschluß der Neunerkommission, keinesfalls aber der einer Vollsitzung des Präsidiums, denn die Opposition hat überhaupt einen solchen Vorschlag nicht vorgelegt bekommen. (Lebh. Unruhe.) Der Präsident, sichtlich unruhig, versucht mit einer lendenlahmen Erklärung diese klare Feststellung des Genossen Lieberasch abzuschwächen und „vermittelt". Er schlägt vor, sich eine halbe Stunde zu vertagen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, Stellung zu nehmen. Genosse Lieberasch erhält zu einer persönlichen Bemerkung das Wort. Er stellte fest, daß die Behauptung des Präsidenten, er habe vorzeitig die Sitzung verlassen, unwahr ist, er beweist, daß Winkler tatsächlich in seiner Gegenwart die Sitzung geschlossen hat, ohne daß ein solcher Beschluß gefaßt worden ist, und daß er dann gemeinsam mit dem Abg. Schnirch die Sitzung verlassen hätte, weil der Präsident ausdrücklich dem Direktor Anweisung gab, in fünf Minuten die Hupe, das Einberufungszeichen ertönen zu lassen.

Der Präsident wagt hierauf nicht mehr zu antworten, sondern schlägt wütend nur noch Vertagung vor. Das Haus beschließt demgemäß. Vor Beginn der Weiterverhandlung redet der ungekrönte König von Sachsen, Herr Blüher, auf Winkler ein. Nachdem diese Unterredung beendet ist, eröffnet der Präsident die Sitzung und teilt mit, daß die Fraktionen beschlossen haben, Einzelberatung vorzunehmen. (Lebh. Aha! links.)

Zur Geschäftsordnung erklärt Genosse Renner, daß es bezeichnend sei, daß der Präsident zuerst die Behauptungen des Gen. Lieberasch als unwahr bezeichnet hat, auf die abermaligen Ausführungen des Genossen aber nicht mehr geantwortet hat. Er ist mit der Einzelberatung einverstanden, fordert aber eine politische Generaldebatte über die gesamte Gemeindeordnung, denn deren Bedeutung sei politisch so groß, daß es einfach selbstverständlich sein müsse, diese politische Aussprache zuzulassen.

Diese Forderung unterstützen die Abgg. Arzt und Menke. Genosse Lieberasch weist darauf hin, daß die Kuhhandelsversuche des sozialdemokratischen Parteivorstandes zur Vertuschung der Konflikte der 28 Abgeordneten mit dem Willen der sozialdemokratischen Parteimitglieder ganz aufgedeckt werden müßten. Die Generaldebatte müsse vorgenommen werden, deshalb schlage er Ablehnung der Vorlage 176 vor.

Genosse Renner: Die Sozialdemokraten fürchten nur die politische Aussprache, weil sie sich dann vor ihren Wählern verantworten müßten. Und diesmal können Sie auch nicht davon reden, daß „die Kommunisten daran schuld sind", denn die Kommunisten würden selbstverständlich gemeinsam mit den Sozialdemokraten diese reaktionäre Gemeindeordnung verhindern, wenn diese dazu entschlossen wären. Die Kommunisten werden über die wahren Beweggründe dieser Gesellschaft das Volk im Lande genügend unterrichten.

Genosse Böttcher: Die Entscheidung der Gemeindeverfassung in Sachsen ist die erste große reaktionäre Verfassungsrevision in Deutschland. Wenn die Verschlechterung der Gemeindeordnung durchgepeitscht ist, wird der Raub des gleichen Wahlrechts folgen. Die Erklärungen des Reichsinnenministers Schiele im Hauptausschuß des Reichstages über die notwendige Aenderung der Weimarer Verfassung und die Einsetzung eines ständigen Verfassungsausschusses zeigen den Weg, der in nächster Zeit in Deutschland gegangen wird: „Beseitigen der letzten Rechte der Arbeiterschaft und der Revolution von 1918". Das sozialdemokratische Geschrei über Demokratie und Selbstbestimmung entlarvt sich selbst durch die Tatsache, daß es die Sozialdemokratie in Sachsen ist, die diese erste Verfassungsrevision durchführt.

Die Verhandlung der politischen Aussprache durch die Sozialdemokraten beweist, daß diese sich fürchten, für ihre politischen Verbrechen vor der Arbeiterschaft Rechenschaft abzulegen. Wir aber werden derselben ihr Verbrechen vor Augen führen.

Seine Ausführungen werden dauernd vom Wutgeheul der Sozialdemokraten unterbochen. Darauf spricht noch Genosse Granz. Nach seinen Ausführungen stimmt der Präsident über den Antrag Lieberasch, die Vorlage 176 zugunsten einer Generaldebatte abzusetzen, ab.

Die Einheitsfront Grellmann-Beyhe stimmt diesen Antrag nieder. (Lebh. Zurufe links.)

Darauf stellt Liebmann den Antrag auf namentliche Abstimmung bei bestimmten wichtigen Abiaten (was 160 Einzelabstimmungen ergeben würde), und Abg. Arzt fordert, daß ein Mitberichterstatter außer dem Abg. Röllig ernannt würde, und schlägt dafür den sozialdemokratischen Abg. Nebrich vor.

Mit unglaublicher Frechheit stimmen auch hier die rechten Sozialdemokraten gemeinsam mit den Deutschnationalen diesen Antrag nieder. (Lebh. Pfuirufe bei den Kommunisten.)

Nunmehr berichtet Abg. Röllig (der einzige Berichterstatter, da die Opposition überhaupt keinen erhalten hat) über die Vorlage.

Nach Schluß des Berichtes beantragt Beyhe, am Schluß der Beratung erst abzustimmen. (Zuruf: Schieber.) Er erklärte, daß er eine Obstruktion ablehne. (Schmunzelnde Zustimmung rechts.) Abg. Liebmann erklärt, daß das nach der Geschäftsordnung unzulässig sei, er verlangt Abstimmung nach jedem Punkt. Gen. Böttcher beweist, daß hier nur ein Versuch der Schiebung vorliege. Es erfolgt wiederum eine längere Geschäftsordnungsdebatte, bei der der Deutschnationale Beutler Beyhe einen Tip gibt, um dessen geschäftsordnungswidrigen Antrag zu decken. Die Linken wenden sich ebenfalls gegen diese geplante Schiebung, während die Rechten krampfhaft dieses ordnungswidrige Verhalten zu decken bemüht sind.

Genosse Renner stellt fest, daß diese Handhabung der Geschäftsordnung gegen alle Gepflogenheiten sei.

Die gesamte Bluher-Koalition ist aber fest entschlossen, diese Schiebung mitzumachen. Lieberasch nagelt die Diätenhascherei und Verräterei der sozialdemokratischen Mehrheit fest. Unter ungeheurem Krach wird dieselbe zu Ende geführt. Die Kommunisten greifen scharf die Mehrheit an und entlarven deren „Demokratie". Der Präsident besitzt die Frechheit, über einen geschäftsordnungswidrigen Antrag geschäftsordnungswidrig abzustimmen. Es erhebt sich ein ungeheurer Lärm, die Kommunisten rufen: Unzulässig! Während dieses Lärms erklärt Winkler ganz zynisch: Wenn diese Weise fortgesetzt wird, mache ich vom Hausrecht Gebrauch. (Ungeheurer Lärm.)

Winkler erklärt darauf mit unglaublichem Zynismus den Antrag für einstimmig angenommen. Es erfolgt heftiger Protest, der von Lärm begleitet ist. Abg. Schwarz protestiert gegen diese unglaubliche Geschäftshandhabung. Sein Parteigenosse Winkler ruft ihn zur Ordnung und entzieht ihm dann das Wort. Die Kommunisten nageln politisch diese niederträchtige Abwürgung der Opposition fest und zeigen, daß diese ganze Handhabung typisch „demokratisch" ist. Der Präsident bringt es fertig, sich jede Kritik an seinen Handhabungen zu verbitten. (Im ganzen Hause erhebt sich ungeheurer Lärm!) Winkler versucht, einen Rückzug anzutreten und will eine neuerliche Abstimmung vornehmen. Er läßt über den Zeitpunkt der Abstimmungen abstimmen. Mit Hilfe der Deutschnationalen wird der Antrag Beyhe angenommen. (Pfui! links.) Genosse Renner erklärt, daß er diese Abstimmung für unzulässig halte und aus diesem Grunde Zusammentritt des Aeltestenausschusses fordere. Dieser Antrag wird mit Hilfe der Deutschnationalen von der „demokratischen" Mehrheit niedergestimmt. Darauf folgt wieder erregte Geschäftsordnungsdebatte, die im Lärm beinahe unverständlich bleibt. Genosse Lieberasch beantragt, die Vorlage 176 zusammen mit den Eingaben an den Rechtsausschuß zurückzuverweisen und über diesen namentlich abzustimmen. Genosse Granz stellt eine neuerliche Schiebung des Rechtsausschusses fest, der die Eingaben der Gemeindekollegien nicht dem Berichterstatter überwiesen hat. Abg. Beutler (Deutschnat.) besitzt die Unverschämtheit, von Eingaben „nur kommunistischer Kollegien" zu sprechen. Genosse Renner weist treffend diese lächerliche Behauptung zurück, da die Kollegien, die nie kommunistische Mehrheiten gehabt haben, trotzdem gegen diese Verschlechterung der Gemeindeordnung protestierten.

Genosse Böttcher nagelt diese unglaubliche Gesetzmacherei des Landtages fest. Was die Bevölkerung sagt, ist gleichgültig, im Rechtsausschuß regiert Herr Beutler, und was dem nicht paßt, wandert in den Papierkorb. Wir werden diese Gesetzmacherei enthüllen."

Genosse Lieberasch weist darauf hin, daß bei den Eingaben es sich nicht nur um Proteste von Gemeindekollegien, sondern auch um die von Gemeindebeamten und Bürgermeistern kleiner Gemeinden handelt. Winkler drückt brutal die Weiterberatung durch, trotz lebhaften Widerspruchs der Kommunisten, die vorher Zurückverweisung beantragt haben. Winkler will darüber einfach hinweggehen. Genosse Renner erklärt, daß er unmöglich unter diesen Verhältnissen reden kann. Er verlangt Abstimmung über Zurückverweisung. Winkler geht darüber hinweg und erteilt unter empörten Zurufen der Kommunisten dem Abg. Fellisch irrtümlich das Wort. Er ist vor Wut so aufgeregt, daß er die ganze Geschäftsordnung über den Haufen wirft. Nach einer Minute Ruhe erhält das Wort Genosse Lieberasch als erster Debatteredner.

Die Sitzung dauert an. Fortsetzung in der nächsten Nummer.

Bestellschein

Hiermit bestelle ich ab ..... die

„Arbeiterstimme"

Organ der Kommunistischen Partei, Bezirk Ostsachsen

Vor- und Zuname: .....

Wohnung: .....

Vorder-/Hinter-haus ....Tr./pt., bei: .....